

Die zweite Teilung der UdSSR

Kakhaber Dzebisashvili

Am 20. Dezember 2004 veröffentlichte die *Financial Times* das Interview mit dem georgischen Präsidenten Micheil Saakashvili, der die Ereignisse in der Ukraine und die ukrainische „Orangenrevolution“ im globalpolitischen Kontext völlig zu Recht als eine der Folgen der „dritten Befreiungswelle“ der osteuropäischen Nationen vom Autoritarismus bezeichnete. Nach dem Zerfall der UdSSR vollzieht sich heute die endogene Transformation der postsowjetischen Länder, die die Demokratien nicht nur als politische Fassade, sondern als unabdingbare Voraussetzung ihrer allgemeinen Entwicklung akzeptieren und installieren wollen. Noch vor einem Jahr, als im Oktober/November 2003 das Regime vom georgischen Präsidenten Eduard Schewardnadse infolge des regelrechten Massenaufstandes („Rosenrevolution“ genannt) weggefegt wurde, wollte keiner an diese „Anomalie“ auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR glauben. Die Entschlossenheit der Menschen, ihre politischen Rechte zu verteidigen, und vor allem der Erfolg der demokratischen Opposition wurden von den Eliten anderer Staaten, vor allem Russlands, bloß als Ergebnis der fatalen Schwäche der Regierung Schewardnads verstanden. Mehr noch, die neue georgische Demokratie wurde von Machthabern in Moskau als neuartige Bedrohung betrachtet, die nicht nur die ungestörte Existenz der postsowjetischen (aber dennoch alten) korrupten und totalitären Eliten gefährdete, sondern auch eine ernsthafte Bedrohung für die aufstrebenden russischen Dominanzan-

sprüche und Reintegrationspläne des postsowjetischen Raumes darstellte. Es sollte Russland sein, das das Leben und den politischen Kurs in den ehemaligen Brüderrepubliken zu bestimmen hatte, und in dieser Hinsicht dachten die russischen Strategen, nur einen Konkurrenten zu haben – die westlichen Demokratien. Mit den einfachen Menschen, mit dem Selbstbewusstsein der Gesellschaften haben sie jedoch nicht gerechnet. Auf dem dreiundachtzigsten GUS-Gipfeltreffen in der Hauptstadt Kasachstans, Astana, vom 15. bis 16. September 2004 wurden nochmals die tiefe Entfremdung und die Unterschiede zwischen Micheil Saakashvili als dem symbolischen Vertreter der neuen Elite und den Präsidenten der anderen Länder deutlich. Der georgische Präsident, der als wahrer Medienstar wirkte und sogar den heftigen Dialog mit Wladimir Putin auf der Pressekonferenz der GUS-Präsidenten nicht scheute, wurde von seinen Amtskollegen offen kritisiert. Saakashvili war auch derjenige, der sich eindeutig vom in Astana verabschiedeten und OSZE-kritischen Dokument „Der Appell der GUS-Mitgliedstaaten an die OSZE-Partner“ distanzierte.

So wurden die Ereignisse in Georgien und in der Ukraine Ausdrucksformen des globalen Prozesses, den man als Herstellung einer völlig neuen geopolitischen Situation östlich der schon erweiterten Europäischen Union bezeichnen kann. Dieser Prozess könnte entweder die Entstehung eines aggressiven geopolitischen Machtzentrums in Russland mit erzwun-

gener Unterwerfung seiner Nachbarländer oder die endgültige Demokratisierung des gesellschaftspolitischen Lebens bis nach Wladiwostok zur Folge haben.

Reintegration versus Desintegration

Die Amtszeit von Wladimir Putin brachte fundamentale Veränderungen sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik des Riesenstaates mit sich. Selbst Kader vom Geheimdienst, verschaffte der Favorit von Boris Jelzin seinen ehemaligen Arbeitskollegen und Militärs breiten Zugang zur Macht und zu öffentlicher Politik. Innerhalb der alten/neuen postsowjetischen russischen Elite formierte sich allmählich die *crème de la crème* der Staatselite um die Figur des neuen Präsidenten – die Symbiose der Geheimdienstler und Militärs im zivilen Bereich. Die politische Liberalisierung des Landes unter der Regierung Jelzins, die eine notwendige Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufschwung und zumindest Scheinprosperität in der Gesellschaft schuf, wurde von nun an als ein überflüssiger und störender Faktor betrachtet. Die neue russische Regierung hatte sich zwei wichtige Ziele gesetzt: Zum einen sollte die schleichende Desintegration des Landes, die Opposition in den nationalen Republiken sowie in den zusammengewachsenen regionalen wirtschaftspolitischen Eliten beseitigt und eine stabile politische Machtvertikale mit starker Zentrale in Moskau errichtet werden. Zum anderen sollte sich die innere Festigung der Politik in Russland parallel mit der russischen *Reconquista* – mit der Rückeroberung des russischen „Lebensraumes“ und der unangefochtenen Dominanz im postsowjetischen Raum – vollziehen. Man fragte sich, ob der Verzicht auf demokratische Prinzipien der Staatsordnung in Russland (dessen Zeichen mehr als deutlich geworden sind) mit der Lösung dieser ganzen Komplexe der vorgenommenen Aufgaben kompatibel sei. Die Putinsche Regierung

hat auf diese Frage positiv geantwortet. Sie wollte einen eigenen russischen Weg einschlagen und nicht bloß das westliche Modell übernehmen. Ihre Entscheidung heißt, Russland als ein liberales Imperium aufgrund „eingeschränkter Demokratie“ und theoretisch mit der geopolitischen Idee des *Euroasianismus* zu legitimieren. Die Interessen Russlands sollten nicht nur mit reinen politischen oder militärischen Methoden, sondern auch mit aggressiver wirtschaftlicher Expansionspolitik in Nachbarländern durchgesetzt werden.

Die Umwandlung Russlands in ein autoritäres Staatswesen begann allerdings viel früher als im September 2004, als Wladimir Putin seine Pläne der administrativ-politischen Reform Russlands dem Publikum nach dem schrecklichen Terroranschlag im nordossetischen Beslan bekannt machte. Mehrere legislative Änderungen wurden als die Antiterrorpolitik des Staates stärkende Maßnahmen initiiert. Die Absurdität dieser Initiativen bestand jedoch darin, dass sie mit der Bekämpfung des Terrorismus nichts zu tun hatten. Die Limitgrenze der Mitgliederzahl der föderalen Parteien wurde erhöht (von 10 000 auf 50 000), die Ein-Mandat-Wahlkreise wurden abgeschafft sowie die direkte Wahl der lokalen Gouverneure der Föderationssubjekte in eine politische Farce verwandelt. Noch in ihrer ersten Amtszeit errichtete die Putinsche Regierung sieben föderale Gebiete (*Federalni Okrug*), die mehrere nationale und regionale (insgesamt 89) Föderationssubjekte vereinigten und deren Administratoren (*Predstawitel Presidenta*) direkt vom Präsidenten ernannt wurden. Zusammen mit der blutigen Niederschlagung des tschetschenischen Widerstandes sollte eine derartige Nivellierung des politischen Status der nationalen Republiken innerhalb Russlands die Gefahr des Separatismus der Nationalitäten endgültig beseitigen. Sowohl die beinahe uneingeschränkte Kontrolle des Staates

über die Massenmedien als auch die Zerschlagung und Marginalisierung der demokratischen Opposition in Russland bereiteten einen optimalen Grund für die absolute politische Loyalität der Bevölkerung. Der Anschlag in Beslan gab den Machthabern in Moskau den günstigen Vorwand, die Zentralisierung der Politik weiterzutreiben und den politischen Willen der Regionen völlig von Moskau abhängig zu machen. Am 23. Dezember unterschrieb Wladimir Putin die Anordnung über die Kandidaten für das „oberste Amt der Exekutive der Subjekte der Russischen Föderation“, die die Wahl der Regierungschefs der Föderationssubjekte mit dem vom Parlament vorher verabschiedeten ähnlichen Gesetz als primäre Kompetenz des russischen Präsidenten (und teilweise der regionalen Parlamente) definierte. Grigorii Jawlinskii – einer der wenigen liberalen Politiker in Russland – warnte vor dieser politischen Entwicklung in Russland, die er als nichts anderes als *Putinismus* bezeichnete, der in sich die Gefahr des Totalitarismus, der Militarisierung und schließlich des konsequenten Kollapses des Staates barg.

Trotz seiner Erfolge bei der Konsolidierung der politischen Macht in Russland gerät Russland wegen der autoritären Innenpolitik und nicht weniger wegen der neu definierten aggressiven Außenpolitik seiner Regierung zunehmend in die öffentliche und offene Kritik der westlichen Länder. Von vielen anderen war der Hauptgrund dafür die Tatsache, dass Boris Jelzin es geschafft hat, sein postsowjetisches Riesenland aus dem isolierten Zustand der UdSSR zu bringen und in die globale Verflechtung der internationalen wirtschaftspolitischen Beziehungen zu integrieren. Russland kann nicht gleichzeitig ein Bestandteil der demokratischen Welt (vor allem der „G 8“) sein und sich zunehmend in ein totalitäres Land verwandeln. Die Zerschlagung des Ölkoncerns „Jukos“ verursachte eine ernsthafte

Der amtierende ukrainische Präsident Wiktor Juschtschenko am 23. Januar 2005 in Kiew bei seiner Amtseinführung.
© dpa, Foto: Anatolly Medzyk



Krise in den Beziehungen zwischen dem Westen und Russland. Der Fall der Deutschen Bank und die Haltung der Bundesregierung zu diesem Problem zeigten auch, dass die Politik der westlichen Demokratien nicht unbedingt und immer mit ihren Moralwerten einherging. Das Nichtsmachen in diesem Fall wirkte auf den Autoritarismus in Russland äußerst stimulierend. Es sind jedoch zu viele heikle Themen in den heutigen Beziehungen Russlands zum Westen, um die Ambitionen des „liberalen Imperiums“ weiterhin zu dulden oder zu verarmlosen.

Taktischer Rückzug?

Der andere Streitpunkt betrifft, wie es der ehemalige Berater des US-Staatssekretärs und bekannte Politik-Experte Zbigniew Brzezinski einmal formuliert hat, den „geopolitischen Unterleib“ Russlands – die Peripherie des postsowjetischen Raums, die ehemaligen Sowjetrepubliken –, der in die russische politische Lexik unter dem kollektiven und gleichzeitig sentimentvollen Namen „nahes Ausland“ eingegangen ist. Die russische Elite hat es nie aufgegeben, die ehemaligen verbrüderten Republiken möglichst fest

an Russland zu binden und diesen Raum generell als *terra sancta* ihrer unangefochtenen Interessendominanz zu betrachten. Diesem Ziel dienten alle integrativen militärpolitischen oder wirtschaftlichen Pläne, die die russische Regierung nach dem Zerfall der UdSSR und seit der Entstehung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) im Jahre 1991 entworfen und realisiert hat. Die russische Außenpolitik erwarb allmählich zweidimensionale Funktionalitätsebenen. Einerseits war das die „klassische Außenpolitik“ im Verhältnis mit den großen und entfernten Ländern, in deren Bezug die russische Elite mit allgemein und völkerrechtlich geltenden Verhaltensregeln einverstanden war. Ganz anders war jedoch die Politik im „eigenen Hinterhof“ – im „nahen Ausland“ –, wo für Russland keine Reglementierungsnormen mehr gültig waren. Dennoch wurde mit jedem vergangenen Jahr immer deutlicher, dass die russischen machtpolitischen Ambitionen und Ansprüche zum Teil wegen fehlender Ressourcenbasis, der mangelhaften, ja sogar fehlerhaften Strategie gegenüber einigen Ländern und nicht weniger wegen der multidimensionalen Politik der US-Regierung auf dem gesamten postsowjetischen Gebiet zum Scheitern verurteilt waren. Trotz der zahlreichen Verträge wirtschaftlichen und militärpolitischen Charakters wurde die GUS Ende der neunziger Jahre zu einer Organisation, die ihren Existenzsinn verloren hatte. Mit dieser Einschätzung war selbst Wladimir Putin einverstanden, der auf der Sitzung des nationalen Sicherheitsrates am 19. Juli 2004 über die mögliche Auflösung der Gemeinschaft und die Priorität der interessensbedingten separaten Allianzen mit den einzelnen Ländern sprach.

Ringen um Macht

Die neuesten Entwicklungen in der Weltpolitik beziehungsweise der Antiterrorkrieg der Vereinigten Staaten Amerikas

und die im Zusammenhang mit dem Krieg in Tschetschenien erheblich gewachsene Terrorismusgefahr auf eigenem Territorium nutzte Russland zur Legitimierung eines Alleinganges im gesamten postsowjetischen Raum. Obwohl Moskau schmerzhafte Kompromisse mit Amerikanern in Zentralasien eingehen sollte, lässt sich die neu definierte russische Politik in der postsowjetischen Peripherie durch folgende Kriterien charakterisieren:

- Verzicht auf forcierte politische Integration des Gesamtgebietes der ehemaligen UdSSR (ohne baltische Länder)
- Verhinderung der Entstehung und normalen Funktionsweise der regionalen Allianzen, die nicht von Russland dominiert werden (zum Beispiel Georgien, Ukraine, Usbekistan, Aserbaidschan, Moldawien – Staatengemeinschaft GUUAM)
- Ökonomisch-finanzielle Durchdringung der strategisch wichtigen, jedoch weniger kontrollierbaren Länder (Georgien, Ukraine, Moldawien)
- Unterstützung der prorussischen Orientierung der „geopolitischen Geiselländer“, wenn auch mit dem Risiko der Kompromisse mit den Amerikanern (Armenien, Tadschikistan, Kirgisien)
- Unterstützung der alten postsowjetischen Nomenklatur- und Parteieliten in den Nachbarländern sowie in den zentralasiatischen Republiken und Weißrussland
- Stimulierung der inneren Instabilität in den Ländern, die den Annäherungskurs mit den USA, der NATO und der EU zu ihren strategischen Zielen zählen (Georgien – Konflikte in Abchasien und Samatschablo/Südossetien; Moldawien – Konflikt in Transnistrien; teilweise Ukraine – die Frage des Separatismus der Krim und der östlichen Gebiete)

Die Konsequenzen dieser Akzente der russischen „Realpolitik“ sind kaum zu übersehen. Im Kaukasus verschlechtern sich die russisch-georgischen Beziehun-

gen seit Putins Amtsantritt kontinuierlich. Sowohl das russische „Niet“ gegenüber den fundamentalen Interessen des georgischen Staates, die vor allem die Wiederherstellung seiner territorialen Integrität und vollwertigen Souveränität berücksichtigen, als auch das langjährige Ringen um die russischen Stützpunkte in Georgien, die nach dem OSZE-Gipfel in Istanbul 1999 längst geräumt werden sollten, veranlassen die georgische Regierung, ihre strategische Orientierung rücksichtslos gen Westen zu richten. Nur durch die massive finanzielle und militärtechnische Hilfe Amerikas, deren Umfang allein 2004 250 Millionen Dollar überstieg, konnte Georgien einen vagen Machtausgleich in der Region erreichen. Der Elitenwechsel in Georgien im November/Dezember 2003 änderte die Situation ganz und gar nicht. Im Gegenteil: Das Bild Georgiens wurde in den russischen Massenmedien in dem Maße dämonisiert, dass Georgien neben den USA beinahe zum Erzfeind Russlands und zum Brutnest aller antirussischen Kräfte im postsowjetischen Raum stilisiert wurde. Obwohl die politische Oberschicht Russlands einen wahren Hass für Schewardnadse empfand und die georgisch-russischen Beziehungen in der Amtszeit von Schewardnadse ihren tiefsten Punkt erreichten, lehnte Moskau (und fast alle anderen Republikchefs) es lange ab, die Legitimität der neuen Machtelite in Georgien anzuerkennen. Am anschaulichsten äußerte sich dazu in einer Sendung der radikal-chauvinistische russische Politiker Wladimir Schirinowski: „Schewardnadse war eine Hure, aber unsere Hure.“ Die eigentliche Ursache solcher regelrechten Hetzkampagnen gegen Georgien war die besondere Gefahr, die aus dem Machtwechsel in Georgien für die politische Stabilität in Russland herausging. Die georgische „Rosenrevolution“ brachte die (post-)sowjetischen Machteliten aus ihrem selbstbewussten

Ruhezustand, zeigte ihnen die reale Gefahr des Machtverlustes und motivierte in anderen postsowjetischen Ländern die demokratische Opposition.

Ansteckende Wirkung

Die „Rosenrevolution“ in Georgien, und vor allem der brillante politische (friedliche) Sieg des prowestlichen Präsidenten Micheil Saakashvili über den Separatismus der moskautreuen Marionette Aslan Abaschidse in der georgischen Autonomen Republik Adscharien, wurde von der russischen Elite als schmerzhafte Niederlage Russlands und noch ein Sieg der USA empfunden. In Russland dominiert bisher die Vorstellung, dass alle Prozesse in Georgien von Amerikanern (beziehungsweise vom amerikanischen Botschafter in Georgien, Richard Miles, und von Georg Soros) dirigiert und finanziert worden waren. Obwohl die indirekte finanzielle Unterstützung der georgischen Opposition von der amerikanischen Seite tatsächlich stattfand, vergessen die russischen Politiker die gesellschaftspolitischen Ressourcen der Opposition und die Mobilisierungsbereitschaft der Georgier, die eine entscheidende Rolle für den Erfolg gespielt haben. Ein zweites derartiges Fiasco dürfte Russland nicht mehr zulassen. Nach seinem Wahlsieg flog der georgische Präsident Saakashvili zuerst nach Moskau, um den kühlen georgisch-russischen Beziehungen neue positive Impulse zu geben und die Interessenkonkurrenz zwischen den Ländern wiederherzustellen. Doch die Türen zum Herzen des Kremlherrschers blieben für sein Ersuchen verschlossen. Moskau setzte weiterhin auf Druck und veranlasste, dass sich seine Gesandten in die illegitimen Präsidentschaftswahlen der separatistischen Autonomierepublik Abchasien zu seinen Gunsten direkt einmischten. Die russischen Behörden stellten für die abchasische Bevölkerung (de jure georgische Staatsbürger) russische Pässe aus

und machte sie damit zu russischen Staatsbürgern beziehungsweise zum perfekten Instrumentarium für die weitere Erpressung Georgiens. Es sind ausschließlich russische Firmen, die Grundstücke und Immobilien der vertriebenen georgischen Bevölkerung in Abchasien kaufen. Und es sind russische Friedestruppen, die Abchasien von Restgeorgien trennen und die Sicherheit der abchasischen Ethnokratie und ihres Apartheid-Systems wahren. In Samatschablo/Südossetien wagt es die russische Regierung sogar, den ossetischen Separatisten eigene oberste Kader des Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB, Nachfolgeorganisation des früheren sowjetischen Geheimdienstes KGB) direkt zu Hilfe zu schicken. Doch scheinbar war die Demokratisierung Georgiens beziehungsweise ihre Wirkungskraft auf den postsowjetischen Raum zu stark und ansteckend. Die Ukraine war das nächste postsowjetische Land, in dem Moskau einen unvergleichbaren politischen Prestigeverlust erleiden sollte.

Die Machtübergabe an den russischen Favoriten, den Premierminister Wiktor Janukowitsch, sollte allen Szenarios nach definitiv ungestört erfolgen. Dafür setzte sich die gesamte politische Elite Russlands, von Fachleuten der Polittechnologien bis zur obersten Autorität, Präsident Wladimir Putin selbst, ein. Der Präsident Leonid Kutschma zeigte sich mit diesem Plan völlig zufrieden. Russland scheute sich sogar nicht vor eindeutiger politischer Doppelmoral und verabschiedete knapp vor den Wahlen in der Ukraine ein Gesetz, das den ukrainischen Bürgern (keinen aus anderen GUS-Ländern) den unregistrierten Aufenthalt in Russland bis zu neunzig Tagen erlaubte. Putin war auch derjenige (ebenso wie die russischen Wahlbeobachter), der die massenhaft gefälschten Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen sowie den Sieg von Janukowitsch offiziell anerkannte. Letzteres

tat er sogar zweimal – vor der endgültigen Veröffentlichung der gefälschten Wahlergebnisse von der Wahlkommission und danach – und stand damit in einer Reihe mit dem weißrussischen Tyrannen Lukaschenko, der chinesischen Regierung, dem abchasischen Separatistenführer Wladislaw Ardsinba und dem dubiosen Ossetenführer in Samatschablo/Südossetien, Eduard Kokoew. Die Vermittlungsversuche der Europäischen Union wurden in Moskau mit Eifersucht, Verdruss und Unzufriedenheit zur Kenntnis genommen. Als aber klar wurde, dass sowohl die ukrainische Opposition als auch die überwiegende Mehrheit der Ukrainer und die westlichen Demokratien nie mit den Manipulationen der Regierung einverstanden sein würden, griff Moskau zu harten Maßnahmen. Mehrere russische und ukrainische Medienquellen veröffentlichten im Dezember 2004 Berichte über die illegale Präsenz der russischen Sicherheitskräfte in der Ukraine, vor allem in Kiew. Nachdem die ukrainischen Sicherheitsdienste und Militärs ihre Neutralität und Bereitschaft erklärt hatten, jegliche ausländische Einmischung zu verhindern, setzte Moskau spekulativ auf den Separatismus der süd- und ostukrainischen, mehrheitlich russischsprachigen Gebiete und initiierte am 4. Dezember 2004 sicherheitshalber eine Versammlung der Delegierten der ost- und südukrainischen Gebiete in Charkow. Dennoch und trotz aller russischen Pläne gewann der Kandidat der Opposition, Wiktor Juschtschenko, die zweite Runde der Wahlen am 26. Dezember 2004 mit überzeugendem Sieg – 52 Prozent der Stimmen gegen 44 Prozent für Janukowitsch. Dem Sieger gratulierte der russische Präsident dieses Mal nicht, kurz davor aber äußerte er auf seiner Pressekonferenz am 23. Dezember 2004 die Hoffnung, dass sein zukünftiger ukrainischer Amtskollege „in seinem Umfeld keine Zionisten dulden würde“.

Auch Juschtschenko „enttäuschte“ Putin seinerseits nicht, und gerade in Moskau, während seines Staatsbesuches, verkündete er strategische Ziele seines Landes – Kooperation mit Russland, Integration jedoch mit Europa.

Ideologische Isolation

Der endgültige Zerfall der Sowjetunion wurde nicht mit dem Dreier-Treffen im Dezember 1991 in Beloweschje und dem Dokument über die Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) besiegt. Die alten bürokratischen Eliten und autokratischen Regime der postsowjetischen Länder bewahren noch die geistige Einheit des einstigen Imperiums. Allerdings sind die postsowjetischen Länder heute erneut dem Prozess des ideologischen Orientierungswechsels der Führungséliten und der Demokratisierung der Politik ausgesetzt. In diesem Kampf der gesellschaftspolitischen Werte wird die Rolle Russlands so lange ambivalent und destruktiv (vor allem für sich selbst) bleiben, bis die Liberalisierung des Staates und eine funktionierende Demokratie nicht mehr als existenzielle Bedrohung wahrgenommen werden. Trotz ihrer relativ besseren Wirtschaft hat die russische Politik den Nachbarländern keine anziehende und integrative Ideologie anzubieten. Ganz im Gegenteil – die Reintegrationsbemühungen des postsowjetischen Raums entpuppen sich als grobe und imperiale Bezwangungsstrategien Russlands. Mit ihrer Politik im postsowjetischen Raum vertieft die Regierung von Putin nicht nur die Entfremdungskluft zwischen ihrem Land und den westlichen Demokratien, sondern auch mit den erst verbrüderten Republiken der ehemaligen UdSSR. Anfang 2006 finden die Präsidentschaftswahlen in Kasachstan, im Oktober 2005 in Kirgisien und im April 2005 Parlamentswahlen in Moldawien statt, und überall rüstet sich die liberale Opposition für den entscheidenden Kampf. Die

noch regierenden Präsidenten versprechen brüllend, den weiteren „Orangen“, „Mandarinen“ und anderen „Zitronenrevolutionen“ keine Chance zu geben. Auch die russische Regierung sammelt ihre Kräfte angesichts der sich beschleunigenden Entgleitung aller Satellitenländer aus ihrem Einflussbereich. Aber auch in der russischen Bevölkerung wächst das Protestgefühl gegen den zunehmenden Autoritarismus der Politik. Nach der Verabschiedung der neuen Gesetze über die Wahlordnung der Gouverneure der russischen Föderationssubjekte beobachteten Soziologen einen wachsenden Anteil der Bevölkerung, der in den bereits durchgeführten Wahlen gegen alle Gouverneur-Kandidaten (explizit gegen den Willen des Zentrums) gestimmt hat. Bemerkenswert sind die Ergebnisse der Umfragen, nach denen bis zu fünfzig Prozent der russischen Bürger den Regierungskurs als in eine Sackgasse führend bezeichnen.

Die Gefahr der außenpolitischen Isolation Russlands und die eines zweiten „Kalten Krieges“ ist noch gering, aber nicht unwahrscheinlich. Viel realistischer jedoch scheint die Gefahr der ideologischen Isolation Russlands zu sein. Heute kollaboriert die russische Regierung mit den kriminell-despotischen Regimen der separatistischen Enklaven und politischen Gruppierungen Moldawiens, Georgiens und der Ukraine, um den schwindenden Einfluss auf ihre Peripherie-Länder zurückzugewinnen; die Separatistenführer werden regelmäßig nach Moskau eingeladen und hinter verschlossenen Türen instruiert. Dennoch verliert Moskau dadurch die Loyalität der ganzen Nationen. In Georgien und in der Ukraine sucht die russische Regierung die Satrapen, verliert aber die echten Partner. Doch ohne Georgien lässt sich der Kaukasus nicht beherrschen, ohne die Ukraine ist selbst Russland keine Großmacht mehr.